

Johannes Winter und André Scharmanski

Sind die Andenstaaten unregierbar?

Ursachen der politischen Krise in Bolivien, Ecuador und Peru

Die Bilder und Meldungen der letzten Wochen aus Bolivien, Ecuador und Peru vermitteln den Eindruck, dass politische Instabilität sukzessive von einem auf den anderen zentralen Andenstaat übergreift. Zentrale Akteure sind wütende Volksmassen und hilflose Regierungen, die sich als Konfliktparteien gegenüberstehen. Während Carlos Mesa im bolivianischen La Paz als Präsident zurücktrat und prophezeite, dass ein Scheitern des Reformprozesses die Unregierbarkeit Boliviens zur Folge hätte, zogen in Ecuador Tausende Demonstranten durch die Straßen Quitos und erzwangen die Amtsenthebung von Staatschef Lucio Gutiérrez. In Lima und Umland sinken derweil die Popularitätswerte des Präsidenten Alejandro Toledo unter zehn Prozent. Dieser Beitrag skizziert wesentliche Merkmale der politischen und zivilgesellschaftlichen Auseinandersetzung in Peru und Bolivien, unter Einbeziehung der aktuellen Entwicklungen in Ecuador.

Obwohl die Zusammensetzung der Protestbewegung in Peru sehr heterogen ist, hat sie eines gemein: eine zunehmende Radikalität und Gewaltbereitschaft der Akteure. Das weite Spektrum an Unmutsäußerungen reicht von Streiks und Arbeitskämpfen, Autonomieforderungen und Protestaktionen gegen geplante Privatisierungen bis hin zu Demonstrationen gegen das Missmanagement der politischen, sozialen und ökonomischen Institutionen.

Peru – unregierbar?

Eine Triebkraft für die politische Instabilität sind die starken Einkommensdisparitäten, die sich zwischen einzelnen Bevölkerungsschichten, jedoch auch räumlich sehr stark abzeichnen. Die reichsten zehn Prozent der peruanischen Bevölkerung verfügen über mehr als ein Drittel des gesamten nationalen Einkommens, während auf die ärmsten zehn Prozent weniger als ein Prozent entfallen. Auch der im Human Development Report (HDI) ausgewiesene Gini-Index¹ von 0,498 für Peru (Index im HDI: 0,752, Platz 85 von 177), der die nationale Einkommensverteilung misst, spiegelt die soziale Schieflage des Landes wider.

Soziale Exklusion und Marginalisierung durch Armut, mangelhafter Zugang zu Bildungs- und Gesundheitseinrichtungen sowie fehlende Integration in das formale Wirtschaftsleben sind in den mehrheitlich von indigenen Bevölkerungsgruppen bewohnten Regionen in der Sierra und im Amazonas-

Tiefenland allgegenwärtig. So lebten 2004 mehr als 40 Prozent der ländlichen Bevölkerung in absoluter Armut, während in urbanen Räumen weniger als neun Prozent davon betroffen waren (im Großraum Lima vier Prozent).

Weitere sozioökonomische Kennziffern belegen das starke Gefälle zwischen Lima und dem übrigen Peru: In der Hauptstadt entfallen rund 150 Telefonanschlüsse auf 1.000 Einwohner, im Landesdurchschnitt sind es weniger als halb so viel. Während Lima flächendeckend elektrifiziert ist, sind periphere Provinzen wie Cajamarca, Amazonas und Loreto in der Selva sowie Huánuaco und Puno in der Sierra nur zu 30-50 Prozent ans Stromnetz angeschlossen. Auch der Zugang zu Trinkwasser ist in Lima für drei Viertel der Haushalte gewährleistet, während in den Vergleichsregionen nur jeder dritte bis vierte Haushalt Zugang zur öffentlichen Trinkwasserversorgung hat. Die extreme Zentralität setzt sich im wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Übergewicht Limas fort. Rund 50 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) wird in Lima erwirtschaftet, wo ein Drittel der 27,9 Millionen Peruaner leben. Rand- und Kleinstädten sowie dem ländlichen Raum verbleiben kaum Chancen, eine eigenständige Entwicklung zu durchlaufen. Dies fördert bei der dort lebenden Bevölkerung Gefühle von Benachteiligung, Marginalisierung und Ressentiments gegenüber dem peruanischen Regierungs- und Gravitationszentrum Lima.

Auch nach der Dekade des Fujimorismo (Präsidentschaft Alberto Fujimori, 1990-2000) fährt Peru unter der Regierung Toledo weiterhin einen neoliberalen Wirtschaftskurs, der einhergeht mit einer vom Internationalen Währungsfonds (IWF) empfohlenen restriktiven Haushaltspolitik. Rückzahlungen der Auslandsverbindlichkeiten (49 Prozent des BIP), Entbürokratisierung im öffentlichen Dienst und eine rasche Privatisierung der vormals über hundert Staatsbetriebe (v.a. im Telekommunikations-, Energie- und Bergbausektor) wurde Priorität eingeräumt.

Soziale Grenzen des Neoliberalismus

Die Privatisierungen haben zwar den Zufluss von Direktinvestitionen stimuliert, dennoch trafen die Reformen auf breiten Widerstand bei Belegschaft und Gewerkschaften, die massiven Stellenabbau und Lohneinbußen befürchteten. Die Protestaktionen gipfelten in gewaltsamen Auseinandersetzungen im Rahmen der geplanten Privatisierung der Elektrizitätswerke Egasur und Egesur in Arequipa im Juni 2002 mit mehr als 150 Verletzten. In Cajamarca kam es 2004 infolge der Erteilung der Abbaugenehmigung an eine private peruanische Minengesellschaft zu massiven Protesten und Unruhen. Auslöser des Konflikts waren die Nichtberücksichtigung örtlicher Befindlichkeiten – der zur Erschließung freigegebene Berg Quilish gilt als heilig und hat besondere Bedeutung für die lokale Wasserversorgung – und das Ausbleiben eines konstruktiven Dialogs mit der indigenen Bevölkerungsmehrheit.

Fehlendes Vertrauen in den Präsidenten

Die innenpolitischen Entwicklungen einschließlich der Aufdeckung des Skandals um Geheimdienstchef Vladimiro Montesino² und Präsident Fujimori (2000) haben zu einem generellen Vertrauensverlust der Bevölkerung in die

Politik beigetragen. Was Fujimori hinterließ, war ein disparitäres und entdemokratisiertes Regime, in dem Reformen ausstehen. So zeigt sich die Sensibilisierung der Bevölkerung hinsichtlich der Korruptionsanfälligkeit in den zunehmenden Gewaltanwendungen und Verfolgungen gegenüber politischen Amtsträgern. Im Frühjahr 2004 wurde der Bürgermeister der Aymará-Gemeinde Ilave, Fernando Cirilio Robles, von einer wütenden Menschenmenge getötet, nachdem er öffentliche Gelder für die örtliche Asphaltierung einer Straße veruntreut hatte.

Gewählt wird in Peru derzeit nach dem Prinzip des kleineren Übels, ohne Vorschusslorbeeren für Mandatsträger und unter rasantem Popularitätsschwund. Dies zeigte bereits der knappe Wahlausgang bei der Präsidentschaftswahl im Jahre 2001. Toledo erreichte erst im zweiten Wahlgang knapp die erforderliche Mehrheit. Bei den Parlamentswahlen im gleichen Jahr entfielen nur ein Viertel der Stimmen auf die Partei Toledos (Perú Possible). Dies führt zu einer eingeschränkten Handlungsfähigkeit des Parlaments, was die Implementierung grundlegender Reformen erschwert. Hinzu kommt die starke Zersplitterung der Parteienlandschaft, die sich sehr deutlich in den Ergebnissen der letzten Kommunalwahlen im November 2002 offenbarte. In den insgesamt 25 Regionalregierungen gewannen 13 verschiedene politische Gruppierungen, während die Regierungspartei sich nur in einer Region behaupten konnte. Das starke Abschneiden regionaler Gruppierungen, die schweren Verluste der Regierungspartei und die daraus resultierende Zersplitterung der politischen Landschaft lassen jeden demokratischen Aushandlungsprozess zu einer kaum überwindbaren Hürde werden.

Der Regierung Toledo gelingt es nicht, die unterschiedlichen Akteure zu einer gemeinsamen politischen Ausrichtung zu bewegen. Durch diverse Wahlversprechen Toledos, vor allem hinsichtlich der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und Armut, wurde die Erwartungshaltung in der Bevölkerung zudem gesteigert. Die mitunter überzogenen und diffusen Erwartungen vieler Peruaner an die Politik, die diametral zu der notwendigen langfristigen strukturellen

ernden Politik stehen, erhöhen den Druck auf die Amtsträger. Da kurzfristige und sichtbare Verbesserungen weitgehend ausblieben, beschleunigte sich der Popularitätsverlust des Präsidenten weiter. Die Folge sind aufflammende soziale Proteste, in denen sich der aufgestaute Unmut entlädt und die Außendarstellung von der Unregierbarkeit lateinamerikanischer Staaten manifestiert wird.

Bolivien – unregierbar?

Die politische Vergangenheit Boliviens ist von jahrhundertlanger Instabilität bestimmt. Mehr als 190 Regierungen wechselten sich zwischen Unabhängigkeit und dem letzten autoritären Regime unter Hugo Bánzer ab. Seit Mitte der 1980er Jahre befindet sich Bolivien auf dem schwierigen Weg der Demokratisierung. Ein erster Erfolg war die Verfassungsreform von 1994, die Gesetze zur Volksbeteiligung und Bildungsreform verankerte. Das „ley de participación popular“ („Gesetz zur Volksbeteiligung“) regelt die Übertragung zentralstaatlicher Funktionen auf die regionalen Gemeinderierungen, die erstmals eigene Steuermittel verwalten und gegenüber dem von Bürgervertretern besetzten Überwachungskomitee rechenschaftspflichtig sind. Weitere sach- und her-

kunftsbezogene Basisorganisationen ermöglichen es den Bürgern, sich politisch einzubringen.

Das ist beachtlich, da es derartige Einflussmöglichkeiten für die Zivilbevölkerung bis dato in Bolivien nicht gegeben hat. Zur Reformfinanzierung wurde eine stärkere Besteuerung der Rohstoffindustrie beschlossen. Allerdings erweist sich die Implementierung als schwierig. Von Machtverlust betroffene Amtsträger verweigern Transparenz und Dialogbereitschaft, ohne sanktioniert zu werden. Basisorganisationen wird die Unterstützung aus dem eigenen Lager verwehrt, da der Gewerkschaftsdachverband „Central Obrera Boliviana“ (Bolivianische Arbeiterzentrale, COB) in ihnen neue Instanzen zur Kontrolle der Zivilgesellschaft sieht. Und auch die schleppende Mittelzuweisung behindert die Reformumsetzung. Es scheint, als müsse die Demokratie in einem von Fremdbestimmung traumatisierten Land erst erlernt werden.

Das Gesetz zur Reform des Bildungswesens setzt dort an. Über bilingualen Unterricht, wie er in einigen von Indigenen und Mestizen bewohnten Agrarkolonisationen praktiziert wird³, soll die interkulturelle Kommunikationsfähigkeit verbessert werden, um zur



Carlos Villar Aléman (Carlucho)

© Zeitschrift Entwicklungspolitik

Konfliktlösung beizutragen. Jedoch schränken soziale und räumliche Disparitäten die Erfolgsaussichten ein. Während Kinder indigener Herkunft einfache Land- oder Stadtschulen besuchen, ziehen Kinder wohlhabender, meist weißer Familien teure Privatschulen vor und bleiben somit unter sich.

Steuern nicht durchsetzbar

In diesem Jahr könnte der zwanzigste Jahrestag der Demokratisierung begangen werden. Ob es dazu kommt, ist zu bezweifeln. Seit zwei Jahren nehmen die Auseinandersetzungen im Parlament und auf den Straßen wieder zu. Anfang 2003 lösten Unruhen im Kontext der Gespräche zwischen Regierung und IWF zur Haushaltskonsolidierung eine Staatskrise aus, ein halbes Jahr später trat Präsident Gonzalo Sánchez de Lozada zurück. Auf ihn folgte Carlos Mesa, dessen integrativer Regierungsstil zunächst Hoffnungen auf eine Beruhigung der Lage machte. Im März 2005 bot Mesa jedoch seinen Rücktritt an – der vom Kongress abgelehnt wurde – und sprach erstmals von der „Unregierbarkeit“ Boliviens, nachdem Generalstreiks das Land erneut lahm gelegt hatten. Die Auslöser der Proteste sind vielschichtig. Im Februar 2003 waren es die Ankündigungen von Präsident Sánchez de Lozada, das Haushaltsdefizit von 8,5 auf 5,5 Prozent des BIP zu reduzieren. Finanziert werden sollte dies über die Einführung des „impuestazo“, einer Einkommenssteuer für diejenigen, die mehr als 115 Euro monatlich verdienen. Schätzungen zufolge wären etwa 340.000 Bolivianer von der 12,5 Prozent-Abgabe betroffen gewesen. Darunter auch die Polizeiverbände, die bei den Protesten Demonstranten gegenüber dem Militär verteidigten. Nach zweitägigen Kämpfen mit über 30 Toten und Hunderten Verletzten zog die Regierung ihre Steuerreform zurück.

Im Oktober 2003 sorgten die Regierungspläne zum Gasexport und zur Vernichtung von Koka-Anbauflächen auf Druck der US-Regierung für Konflikte, mehr als 60 Menschen starben, ehe Sánchez de Lozada von seinem Amt zurücktrat. Nachfolger Mesa ließ 2004 in einem Referendum zur Energiepolitik seinen Regierungskurs bestätigen. Im Mai 2005 trat das neue Energiegesetz in Kraft, das eine Konzessionsabgabe von 18 Prozent und ei-

ne Gewinnsteuer von 32 Prozent für transnationale Energieunternehmen vorsieht. Dies bedeutete eine erste Abwendung von einer unternehmensfreundlichen Wirtschaftspolitik.

Die so genannte Kapitalisierung Boliviens hatte unter Sánchez de Lozada Mitte der 90er Jahre begonnen, als Investoren mit Niedrigsteuersätzen zur Ressourcenausbeutung ins Land geholt wurden. Die Konfliktklinien werden sich dadurch nicht verwischen, da die Reformen den Oppositionsgruppen nicht weit genug gehen. Der COB will aus Sorge vor der Abspaltung von erdöl- und erdgasreichen Provinzen eine Verstaatlichung der Energiequellen, während Evo Morales vom einflussreichen „Movimiento al Socialismo“ („Bewegung zum Sozialismus“ MAS) eine Abgabe von 50 Prozent auf den Rohstoffförderwert fordert.

Armut und Verschuldung trotz Rohstoffreichtums

Die Intensität der Proteste ist nicht allein Ausdruck der Ablehnung für die gegenwärtige Politik. Bolivien ist eines der ressourcenreichsten und zugleich ärmsten Länder Südamerikas. Neben Agrarprodukten wie Soja, Kaffee und Kakao sind es Edelmetalle wie Gold, Platin und Silber, die auf den Weltmärkten hohe Preise erzielen. Hinzu kommen umfangreiche freie, d.h. ohne gleichzeitige Erdölförderung ausbeutbare Erdgasreserven. Lieferverträge bestehen mit Brasilien, großes Interesse zeigen die großen Energieverbraucher USA, Mexiko, Argentinien und Chile. Dem gegenüber steht eine sich am Rande der Insolvenz bewegende Nation, die 1998 bei einer Verschuldungsquote von 213 Prozent des Exports lag. Die Anerkennung als HIPC (Highly Indebted Poor Country) ermöglicht bis 2007 eine Schuldenreduktion um ein Viertel. Zwei Milliarden US-Dollar werden Bolivien dann erlassen worden sein, allein 350 Mio. US-Dollar aus Deutschland. Die finanzielle Handlungsunfähigkeit der Regierung offenbart sich in einem HDI von 0,681 (Gini-Index: 0,447), gleichbedeutend mit Platz 114 von 177 gelisteten Staaten. Das Pro-Kopf-Einkommen nach Kaufkraftparität liegt bei 2.600 US-Dollar/Jahr und wird auf dem amerikanischen Kontinent nur von Nicaragua und Haiti unterboten, ein Drittel lebt von weniger als 2 US-Dollar pro Tag.

Die Diskrepanz von Ressourcenreichtum und tiefgründiger Armut, verstärkt durch das Empfinden einer jahrhundertlangen Ausbeutung in der Bevölkerung, verhindert eine politische Kontinuität. Das Vertrauen in die Amtsträger ist gering, die Parteienlandschaft zersplittert und der zivilgesellschaftliche Protest groß. Carlos Mesa hat sich durch seine Weigerung, Gewalt gegen Demonstranten einzusetzen, und das Referendum zur Energiepolitik Popularität verschafft. Doch bleibt auch unter seiner Regentschaft evident, dass Themen wie Gasexport, Steuerreform, Preiserhöhungen und Autonomiebestrebungen die Menschen auf die Straßen treiben.

Historisch-politische Referenzpunkte dafür liegen nur teilweise in der Kolonialzeit, dem Höhepunkt der Ressourcenausbeutung. Die Ressentiments richten sich gegen den Haupthandelspartner USA, seine als interventionistisch aufgefasste Außenpolitik sowie gegen den Nachbarn Chile, Dauerrivalen und Kontrahent im hundert Jahre zurückliegenden Salpeterkrieg, der den traumatischen Verlust des Meereszugangs für Bolivien bedeutete. Heute lehnen vor allem wirtschaftlich benachteiligte Gruppen einen Gasexport in die USA über einen chilenischen Hafen ab, auch wenn dies die geringsten Investitionskosten und höchsten Renditen erwarten lässt. Zu groß ist die Angst, dass Bolivien wieder einmal mehr gibt als es bekommt.

Indigene Protestbewegung

In den Konfliktmonaten von 2003 und 2005 kam es zu Blockaden der wichtigsten Zufahrtswege und zu Sternmärschen zum Regierungssitz La Paz. Auf den Demonstrationen anzutreffen sind vorwiegend Menschen indigener Abstammung, die sich mit einkommensschwachen und benachteiligten Schichten decken und im benachbarten El Alto leben. Mobilisiert werden sie einerseits von der stärksten politischen Opposition um Evo Morales (MAS), andererseits von den in Bolivien traditions- und einflussreichen Gewerkschaften (COB), Nachbarschaftsräten (juntas vecinales) und Landlosenverbänden (movimientos sin tierra).

Zwei Drittel der Bevölkerung ist indigener Abstammung (v.a. Quechua, Aymara), fast ebenso viele

arbeiten in der Landwirtschaft, besitzen allerdings nur geringe Flächenanteile. Trotz seit 50 Jahren bestehenden Agrarreformgesetzen sind 90 Prozent des Bodens im Eigentum von nur einem Viertel der Bevölkerung. Unter dieser Prämisse lassen sich Tausende der 8,9 Mio. Bolivianer auf die Straße bringen, um gegen Disparitäten zu demonstrieren, um zu konfrontieren und das Land vorübergehend zu paralysieren.

Ecuador – unregierbar?

Die jüngsten Entwicklungen in Ecuador deuten in eine ähnliche Richtung. Im Dezember 2004 tauschte Staatspräsident Lucio Gutiérrez 27 von 31 Richtern des Obersten Gerichtshofs aus. Die ihm nunmehr loyalen Nachfolger sprachen daraufhin die unter Korruptionsanklage stehenden Ex-Präsidenten Gustavo Noboa und Abdalá Bucaram frei. Daraufhin brachen in Quito wochenlang, zum Teil gewaltsame Proteste gegen die korrupte und klientelistische Regierungspolitik aus. Initiator war v. a. die indigene Bevölkerung, die marginalisiert, aber gut organisiert ist. Das Parlament reagierte im April 2005 auf die anhaltenden Proteste mit der Amtsenthebung von Gutiérrez.

Trotz Forderungen nach einem Prozess im Land gelang Gutiérrez mit Regierungshilfe die Flucht ins brasilianische Exil. Nachfolger wurde der bisherige Vize Alfredo Palacio. Die neue Regierung bemühte sich umgehend, zentralen Forderungen der Demonstranten nach mehr Transparenz, Partizipation und einer stärkeren Positionierung gegenüber den USA nachzukommen. So sprach sich Innenminister Mauricio Gándara gegen die Freihandelszone ALCA und den Kolumbien-Plan aus, der im Herbst 2000 zwischen den USA und Kolumbien im Kampf gegen den internationalen Drogenhandel geschlossen wurde und Ecuador durch Zustrom von Drogenkapital und Flüchtlingen sowie durch grenzüberschreitende Militäroperationen von US-Armee und kolumbianischen (Para-)Militärs negativ beeinträchtigt.

Zentrale Andenstaaten – unregierbar?

Die vorangegangenen Ausführungen haben wesentliche Konfliktlinien in Peru, Bolivien und Ecuador aufgezeigt. Obgleich länderübergreifende Betrachtungsweisen der Differenziertheit der jeweiligen Problemkonstellation nicht gerecht würden, lassen sich einige Gemeinsamkeiten dieser Staaten herausstellen. So weisen sie im Vergleich zu ihren Nachbarländern einen hohen Anteil an indigener Bevölkerung auf, die durch ihren Organisationsgrad einen breiten Protest erst ermöglicht.

Die zunehmende Instabilität in den drei Andenländern erwächst aus einem Bündel wirtschafts- und sozialpolitischer Fehlentwicklungen. Die Hauptprobleme, die es zu bewältigen gilt, können auf zwei Entwicklungsziele zugespitzt werden: Stärkung demokratischer Strukturen und Bekämpfung der Armut, wobei laut IWF und Weltbank das zweite aus dem ersten folgen soll. Die Massenproteste haben gezeigt, dass viele an-

gesichts eines eklatanten Wohlstandsgefälles die Reihenfolge lieber umgekehrt sähen: Erst muss die Armut beseitigt werden, um eine Demokratisierung zu ermöglichen.

In Peru gefährdet das ungelöste Problem ungleicher Wohlstandsverteilung den gesellschaftlichen Frieden und wird zu weiteren Protesten führen. Die Sitzverteilung im Parlament, das desaströse Abschneiden der Regierungspartei bei den Kommunalwahlen sowie die Zersplitterung der Parteienlandschaft können als Indizien für die eingeschränkte Regierbarkeit Perus gewertet werden. Dem Erfolg demokratisch gewählter Regierungen stehen in vielen Fällen alte Eliten (Rentenkapitalisten) im Weg, die ihre Privilegien zum Leidwesen der Bevölkerungsmehrheit verteidigen konnten. Neben dem weit verzweigten Klientelismus erschwert die geringe Akzeptanz staatlich legitimer Marktregeln (z.B. hinsichtlich des informellen Sektors und des geringen Steueraufkommens) die Handlungsfähigkeit der Regierung.

Zuversichtlich stimmt die mittels Verfassungsreform anvisierte Dezentralisierung der staatlichen Macht, die durch die Kommunalwahlen von 2002 bestätigt wurde. Die Verlagerung von zentralstaatlichen Handlungsbereichen auf lokale Institutionen kann zu einer stärkeren Partizipation der Bevölkerung beitragen und v.a. die ländlichen Regionen gegenüber dem traditionell von Lima aus



Arturo Kemchs Davila, Mexiko 1998

© Zeitschrift Entwicklungspolitik

regierten Zentralstaat stärken. Positiv zu werten ist auch die zunehmende Bereitschaft, sich mit Korruption und begangenen Menschenrechtsverletzungen öffentlich auseinanderzusetzen, wie die Einberufung der Wahrheits- und Versöhnungskommission 2001 zeigte.

Auch in Bolivien erzürnt die Menschen der relative Stillstand des Landes. Nach 15 Jahren neoliberalen Wirtschaftskurs haben sich für die meisten Lebensstandard und Zukunftsperspektive nicht verbessert. Die Menschen gehen auf die Straße und wehren den Amtsträgern ihre Unterstützung. Während zu Zeiten der autoritären Regimes vielerorts die Proteste gewaltsam aufgelöst wurden, ist die jüngste Regierungsreaktion eine gewaltfreie. Dieser Weg ist der einzig richtige, denn er respektiert den demokratischen Einspruch der Bevölkerungsmehrheit. Problematisch wird es dann, wenn das staatliche Gewaltmonopol ins Wanken gerät. Dem regierungsloyalen Militär stehen Teile der Gewerkschafts- und Landlosenverbände gegenüber, die Mitglieder zu Demonstrationen verpflichten, sie zur Gewalt animieren und somit eine friedliche Konfliktlösung verhindern.

Bolivien kann nur dann regierbar bleiben, wenn unterschiedliche Interessen anerkannt, diskutiert und auf demokratische Weise in eine Konsensentscheidung überführt werden können. Das schwer lastende Erbe der Vergangenheit des Landes lässt eine solche Prämisse als nahezu unerreichbar erscheinen. Dennoch sollten die Demokratisierungsbemühen unermüdlich bleiben. Der jüngst angeregte nationale Dialog unter Vermittlung der katholischen Kirche kann eine Plattform dafür sein.

Bildungsreform, Volksbeteiligungs- und Dezentralisierungsgesetz, Referendum zu strittigen Politikthemen und die Einberufung einer verfassungsgebenden Versammlung, die in Bolivien und Ecuador noch in diesem Jahr erwartet wird, sind wichtige Eckpfeiler im Demokratisierungsprozess. Weitere Reformen müssen folgen, damit sich im zentralen Andenraum langfristig statt oligarchischer feste demokratische Strukturen etablieren und das Vertrauen der Bevölkerung in die Rechtsstaatlichkeit zurückkehren kann.

Die Autoren arbeiten am Institut für Wirtschafts- und Sozialgeografie der Universität Köln.



Daniel Varela, Argentinien 2005

© Zeitschrift Entwicklungspolitik

Quellen

Goedeking, U. (2003): Bolivien: Ein Gewaltausbruch und seine Folgen. In: Brennpunkt Lateinamerika. Nr. 5/2003. Instituto Nacional de Estadística e Informática (INEI 2005): Perú Compendio Estadístico 2004. Lima.
 Kurtenbach, S.; Minkner-Bünjer M. und A. Steinhilf (Hrsg. 2004): Die Andenregion – neuer Krisenbogen in Lateinamerika (= Schriftenreihe des Instituts für Iberoamerika-Kunde, Band 59). Frankfurt am Main.
 Ruminski, H. (2004): Referendum in Bolivien: mehr Bürgerbeteiligung zur Stabilisierung einer prekären Demokratie. In: Kurzberichte aus der internationalen Entwicklungszusammenarbeit, Lateinamerika und Karibik. Friedrich Ebert-Stiftung, Berlin.
 Spanger, H.-J.; Wolff, J. (2003): Armutsreduzierung durch Demokratisierung? PRSP: Chancen und Widersprüche einer neuen entwicklungspolitischen Strategie. HSKF-Report 6/2003.
 Steinhilf, A. (2002): Probleme demokratischer Wiederbelebung in Peru: Eine Zwischenbilanz der Regierung Toledo. In: Brennpunkt Lateinamerika. Nr. 23/2002.
 UNDP (2004): Human Development Report 2004. New York.
 Winter, J. (2005): Integrationsprozesse im ländlichen Bolivien. (= Arbeitshefte des Lateinamerika-Zentrum, Nr. 91). Münster

Fußnoten

1 Der Gini-Index ist ein gebräuchliches Disparitätsmaß zur Messung von Einkommensverteilungen. Er kann einen Wert zwischen „0“ (absolut gleichmäßige Einkommensverteilung) und „1“ (größtmögliche Ungleichverteilung) annehmen.
 2 Montesino übergab dem Oppositionsabgeordneten Alberto Kouri Bestechungsgeld in Höhe von 15.000 US-Dollar für dessen Übertritt in die Partei des Präsidenten, dies wurde auf einem Video festgehalten, welches dem Fernsehen zugespielt wurde. Die Ausstrahlung des Videos führte letztlich zum Ende der Präsidentschaft Fujimoros.
 3 In den Agrarkolonisationsgebieten des Tieflandes wird in den Schulen Unterricht in Spanisch und Quechua angeboten. Im Kolonisationsgebiet San Julian (Dpt. Santa Cruz) bedient die kirchlich getragene Schule „Fe y Alegria“ an mehreren Standorten Kinder aus rund 50 Dörfern, in denen umgesiedelte Hochlandbevölkerung (Quechua, Aymara) mit lokal zugewanderter Tieflandbevölkerung (Mestizen und Indigene: v.a. Guarayos, Tupi Guarani) in Plansiedlungen zusammenlebt.